

## Experte sieht Risiken für Batteriefertigung

Investitionen wie die von US-Elektroautobauer Tesla seien unsicher

**Grünheide.** Der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer sieht wachsende Risiken für Investitionen wie von US-Elektroautobauer Tesla in die Batteriefertigung in Deutschland. „Wir glauben, dass der Hochlauf der Elektromobilität gestört wird – auch deshalb, weil man die Subventionen in Deutschland gekürzt hat“, sagte der Direktor des CAR (Center for Automotive Research) in Duisburg der Deutschen Presse-Agentur. „Damit werden Verbrenner wieder preisgünstiger für die Kunden. Damit braucht man weniger Batterien in Europa.“ Zugleich gebe es hohe Strompreise in Deutschland.

Tesla hat die Priorität für die Fertigung von Batterien wegen steuerlicher Gründe in die USA verlegt und lässt offen, wann in Deutschland komplette Batterien gefertigt werden. Das Unternehmen will diese Produktion in Deutschland aber nicht aufgeben: Der Plan sei nach wie vor, komplette Batterien in Grünheide zu fertigen, heißt es von dem Unternehmen. Der Fokus der Zellfertigung liege wegen der US-Rahmenbedingungen mit Steuererleichterungen für die Batterieherstellung derzeit in den USA.

Dudenhöffer sprach von einer Verschlechterung für den Standort. Ähnlich hatte er sich in der „Süddeutschen Zeitung“ (Mittwoch) geäußert. „Gerade die Entscheidung von Tesla sollte man in Berlin sehr ernst nehmen“, sagte der Wirtschaftswissenschaftler der Deutschen Presse-Agentur. Wenn das sogenannte Inflationsbekämpfungsgesetz von US-Präsident Joe Biden so bleibe, wie es ist, würden die deutschen Autobauer versuchen, Batterien in den USA einzubauen. „Wenn in Europa die Produktionskapazitäten nicht oder später aufgebaut werden, läuft man in der Regel bei den Kostenvorteilen durch Größe hinterher.“

### Produktion in Grünheide wird hochgefahren

Die Lage wird nach Einschätzung des Autoexperten durch die gestiegenen Energiekosten infolge des Ukraine-Kriegs in Deutschland zusätzlich erschwert. „Damit sind wir gerade bei der Zellproduktion sehr im Nachteil“, sagte Dudenhöffer. „Ich würde nicht ausschließen, dass Tesla diese Investitionsentscheidung noch mal neu betrachtet.“

Tesla hat in seiner bisher einzigen europäischen Autofabrik in Grünheide bei Berlin nach eigenen Angaben mit der Montage von Batteriesystemen begonnen und fährt die Produktion hoch. In naher Zukunft sollen diese Systeme auch in Fahrzeugen eingesetzt werden, die in Grünheide gebaut werden. Dort werden seit März 2022 Elektroautos hergestellt. Auch Autobauer wie Volkswagen und Mercedes-Benz investieren Geld in Zellwerke. Mit dem Jahreswechsel lief die Förderung von Plug-In-Hybriden aus, die neben einem Elektromotor auch noch einen Verbrenner nutzen. Für Batterie- und Brennstoffzellen-Autos sind die Förderprämien gesunken. Durch die Senkung der Förderprämien ist der Absatz von Elektroautos im Januar stark eingebrochen. Im Jahr 2024 werden die Förderprämien weiter zurückgehen. *dpa*



Der Franz-Neumann-Platz ist ein Probleplatz. Darum hat der Wohnwagen der Sucht- und Lebenshilfe dort seinen Dauerstellplatz.

DIRK KRAMPITZ (2)

# Angst vor einem „Kotti des Nordens“

Der Franz-Neumann-Platz ist Treffpunkt der Trinkerszene. Auch härtere Drogen werden gehandelt

Dirk Krampitz

**Berlin.** Wer die ovale, denkmalgeschützte Toilette am Schäfersee betritt, verlässt sie meist gleich wieder rückwärts. Beim letzten Besuch hantierten dort drei Männer mit Spritzen und Alufolie, zudem lag beißender Rauch in der Luft und ein weiterer Mann auf dem Boden.

Der Kiez, besonders der Franz-Neumann-Platz auf der anderen Seite der Residenzstraße, ist schon lange ein Viertel mit Problemen. Anwohner beschwerten sich, nennen ihren Platz schon „Kotti des Nordens“. Der SPD-Abgeordnete Bettina König erzählten Anwohner, dass dort nun auch vermehrt harte Drogen gehandelt würden. „Der Franz-Neumann-Platz ist nicht der Kotti des Nordens, und das darf er auch nicht werden“, stellt König aber klar. Die Politikerin hat selbst lange im Kiez gelebt, hat ein Herz für die Gegend. Aus diesem Grund hat sie eine Anfrage gestellt zum Franz-Neumann-Platz und der BVG. Denn die U-Bahn-Linie 8 verbindet ja mit Hermannplatz, Kottbusser Tor, Alexanderplatz und Franz-Neumann-Platz einige der berühmtesten Orte der Hauptstadt.

### Zweimal täglich wird Müll im Bahnhof gesammelt

Dass die Bahnhöfe ganz spezielle Problemzonen sind, gibt die BVG ganz offen zu in ihrer Antwort auf Königs Anfrage. „Die U-Bahnhöfe Franz-Neumann-Platz und Residenzstraße werden von den Sicherheitskräften öfter angefahren und kontrolliert. Dazu zählen auch die Eingänge, Gleisgänge und Vorplätze. Im Rahmen unserer gemeinsamen Streife mit der Polizei werden diese Bahnhöfe ebenfalls kontrolliert.“



Bezirksbürgermeister Uwe Brockhausen (2.v.l.) mit der Abgeordneten Bettina König und dem Bezirksverordneten Klaus Keller (2.v.r., alle SPD) am Franz-Neumann-Platz.

Auch was die Sauberkeit angehe, handele es sich bei den beiden Bahnhöfen um sogenannte Intensiv-Bahnhöfe, also Haltestellen mit erhöhtem Reinigungsbedarf: Zweimal wöchentlich werden sie mit einer Scheuersaugmaschine geschrubbt, zweimal monatlich werden die Treppen gereinigt. Zusätzlich finden zweimal täglich sogenannte Unterhaltsreinigungen statt, bei denen punktuell Grobschmutz und Flecken beseitigt werden. „Geruchsbelästigungen werden einmal wöchentlich mit einem Dampfsaugreiniger und einem mikrobiologischen Reinigungsmittel bekämpft“, teilt die BVG mit.

Doch ausreichend ist das nicht. Denn immer wieder kommt es vor, dass es stehend nach Urin riecht. „Das hängt auch damit zusammen, dass sich die Trinkerszene, vor allem im Winter, von der Kälte weg in den Bahnhof verlagert“, sagt König. „Bedauerlich, dass nicht einmal die einfachen Regeln des Anstands eingehalten werden“, findet die Politikerin. Zumal es in der Nähe nicht nur die von Süchtigen stark frequentierte alte Toilette gibt, sondern auch eine neue Wall-Toilette, die allerdings kostenpflichtig ist und die auch

die Anwohner und Gewerbetreibenden kritisch sehen.

Keinesfalls will Bettina König aber die Ordnungspolitik der harten Hand fordern. „Jeder hat das Recht auf den öffentlichen Raum. Man muss eher die Straßensozialarbeit noch weiter intensivieren. Vor Ort gibt es den Suchthilfe-Caravan von ‚Teenchallenge‘. Sie machen dort sehr gute Arbeit und es geht nicht darum, die Menschen zu vertreiben.“ Man müsse Alternativen schaffen, den Gesträuchelten möglichst wieder ein Zuhause verschaffen. „Wenn sich die Szene nur verlagert, etwa zum Leopoldplatz, ist auch niemandem geholfen.“ Alkohol verbieten hält sie für sinnlos. „Man kann nur etwas verbieten, was man auch kontrollieren kann.“ Die aktuelle Situation gibt ihr dabei recht: Alkohol ist am Franz-Neumann-Platz bereits verboten, es hält sich nur niemand daran.

Viele Anwohner, weiß Bettina König aus Gesprächen, würden sich mittlerweile unsicher im Kiez und in der Bahn fühlen. Darum hat sie auch nach dem Einsatzkonzept von Sicherheitskräften in der U8 gefragt. Die BVG teilte mit, dass die U8 „von

unseren Sicherheitskräften priorisiert bestrahlt“ werde. „Es gibt wöchentlich fünf bis zehn gemeinsame Streifen der BVG und der Polizei, die sich auf die verschiedenen Schichten verteilen.“ Außerdem sei der Endbahnhof Wittenau – ebenfalls ein Brennpunkt – von 20 bis 5 Uhr mit Personal besetzt. Sonst allerdings sei eine mobile Bahnhofsaufsicht aber für durchschnittlich elf Bahnhöfe zuständig.

### Die Bahnhöfe der U8 wirken vernachlässigt

Zwar priorisiert bestrahlt, aber im Unterhalt vernachlässigt – so wirken manche Bahnhöfe der nördlichen U8. Im Paracelsus-Bad tropft das Wasser seit Jahren aufs Gleis, am Franz-Neumann-Platz wurde vor sieben Jahren mal die Deckenverkleidung abgenommen – Kabel hängen seitdem an der niedrigen Decke leicht zugänglich. „Ich habe schon Jugendliche daran herumhantieren sehen“, so König besorgt. Wann die Decke erneuert wird, konnte die BVG auch schon auf Morgenpost-Anfrage nicht sagen. In der Reaktion auf Königs Anfrage stellt die BVG immerhin in Aussicht, dass dies vor 2027 geschehen könnte – da soll dann nämlich der ganze Bahnhof fertig und mit Aufzug versehen sein. Für König völlig unverständlich, dass das Erscheinungsbild des Bahnhofs über so viele Jahre von der BVG vernachlässigt wird. „Wie ein Ort aussieht, sorgt auch dafür, wie die Menschen ihm entgegengetreten.“

Bettina König setzt nun Hoffnungen auf die Umgestaltung des Franz-Neumann-Platzes. Die sollte in diesem Jahr beginnen. Allerdings wurde sie nun wegen der nötig gewordenen Umschichtung von Baumitteln im Bezirk erst einmal auf 2025 verschoben.

## Kunstwerk an Garnisonkirche zerstört

Zeichen der Solidarität für Ukraine beschädigt. Polizei ermittelt Verdächtigen

**Potsdam.** Nach der Zerstörung eines Kunstwerks an der Baustelle der Potsdamer Garnisonkirche hat die Polizei einen Tatverdächtigen ermittelt. Der 40-jährige Ukrainer stehe im Verdacht, in der Nacht zum Sonntag am Baugerüst des Kirchturms ein Großplakat der Künstlerin Julia Krahn zerstört zu haben, berichtete die Polizeidirektion West am Montag. Seit Mittwoch waren zwei 20 Meter lange Großplakate mit ukrainischen Frauen als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine zu sehen. Der Mann habe sich bei der Tat selbst gefilmt und das Video in sozialen Medien verbreitet, teilte die Polizei weiter mit. Der Täter habe das Gesicht einer Frau herausgeschnitten und ein eigenes Plakat mit einer Botschaft zum Ukraine-Krieg eingefügt. Er sei offenbar unbemerkt vom Wachschatz auf die gesicherte Baustelle eingedrungen.

Gegenstand der Ermittlungen sei auch, ob ein Zusammenhang mit weiteren Taten im Potsdamer Stadtgebiet bestehe, teilte die Polizei mit. In der vergangenen Woche war der Mann als Tatverdächtiger ermittelt worden, der auf dem Turm des alten Landtagsgebäudes auf dem Brauhausberg eine russische Fahne und Z-Symbole angebracht haben soll. Das „Z“ stellt das Symbol der russischen Kriegführung dar.

### Schon im vergangenen August eine Ukraine-Fahne abgeschnitten

In diesem Fall ermittle der Staatsschutz, sagte ein Sprecher der Polizeidirektion West. Auch den aktuellen Fall an der Garnisonkirche solle der Staatsschutz übernehmen. Der Sprecher der Stiftung Garnisonkirche, Wieland Eschenburg, sagte am Montag, der Tatverdächtige solle im vergangenen August auch eine Ukraine-Fahne abgeschnitten haben, die als Zeichen der Solidarität am Baugerüst gehangen habe. Auch wegen dieser Tat werde gegen ihn ermittelt, so die Polizei.

Das zweite Großplakat wurde nach der Zerstörung ebenfalls abgehängt, weil beide Plakate inhaltlich zusammengehörten, so Eschenburg. Nach seinen Angaben hatte der Wachschatz in der Nacht zwei Versuche von Unbekannten verhindern können, in die Baustelle einzudringen, ohne einen Verdächtigen zu fassen. Möglicherweise habe der Täter dann auf einen günstigeren Moment gewartet, so Eschenburg. „Der genaue Tatzeitpunkt wird sich aber noch feststellen lassen, weil eine Webcam vom Hotel Mercure schräg gegenüber alle 15 Minuten ein Bild macht“, sagte Eschenburg. Die Stiftung müsse nun prüfen, ob und zu welchen Kosten das Großplakat wieder gedruckt werden kann und wer die Finanzierung übernehmen könne. *dpa*



Da waren sie noch unverseht: Porträts zweier Frauen aus der Ukraine. IMAGO

## Ministerium verteidigt Kürzung der Lehrer-Stunden

**Potsdam.** Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) hat Kritik an der Kürzung von Lehrer-Stunden bei zusätzlichen Angeboten zurückgewiesen. Das Ministerium wolle die Unterrichtsverpflichtung nicht erhöhen und nicht grundsätzlich in die Stundentafel eingreifen, sondern Lehrkräfte von Organisations- und Verwaltungsaufgaben entlasten und gezielter im Unterricht einsetzen, teilte Ministeriumssprecherin Ulrike Grönefeld am Sonntagabend mit. Ziel sei, rund 200 Planstellen für Lehrkräfte für Schulassistenten und Schulsozialarbeit in Anspruch zu nehmen. Dafür seien Spielräume bei der Bedarfsplanung genutzt worden.

Nach Angaben des Landeselternrats sollen Lehrerwochenstunden zum Beispiel beim flexiblen Lernen, beim Förderunterricht und dem jahrgangsübergreifenden Flex-Unterricht in Klasse eins und zwei gekürzt werden. Sprecherin Ulrike Mauersberger lehnt das ab. Es gebe hohe Lerndefizite vor allem in Grundschulen.

Die Linksfraktion im Landtag hält die Pläne ebenfalls für falsch und fordert eine Sondersitzung des Bildungsausschusses im Landtag. „Funktionierenden Schulen Stunden wegzunehmen, ist der falsche Weg und sorgt noch mehr für Unruhe, Unverständnis und Ärger“, kritisierte Bildungspolitikerin Kathrin Dannenberg. Damit würden die Kinder getroffen, die gerade jetzt mehr Unterstützung brauchen. Das Bildungsministerium verwies darauf, dass es sich um weniger als ein Prozent der Gesamtstellenzahl handle. Die tatsächliche Stellenzuweisung erfolge erst nach der Bedarfsermittlung.

Im kommenden Schuljahr werden an Brandenburgs Schulen rund 1800 neue Lehrkräfte gebraucht. Die Vorhandenen sollen möglichst länger oder bei Teilzeitarbeit mehr unterrichten, weil so viele Pädagogen nicht zu finden sind. Außerdem sollen die Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben und der besonderen Unterstützung von Schülern entlastet werden. *dpa*

## 15-Jährige zur Prostitution gezwungen

Jugendliche wurde in Wohnung eingesperrt. Drei Angeklagte stehen nun vor Gericht

**Berlin.** Sie sollen eine 15-Jährige zur Prostitution gezwungen haben: Gegen einen 20-Jährigen, seine Freundin und seine Mutter hat am Berliner Landgericht der Prozess begonnen. Der 20-Jährige soll der Jugendlichen angeboten haben, ihr zu einem Job zu verhelfen. Als sie in seiner Wohnung war, habe er von ihr verlangt, die Prostitution aufzunehmen, heißt es in der am Montag verlesenen Anklage. Aus Angst vor Repressalien sei sie der Aufforderung nachgekommen.

Die 15-Jährige lebte nach ihren Angaben in einer Kriseneinrichtung, als sie Ende August vorigen Jahres den 20-Jährigen über eine Freundin kennenlernte. „Er fragte mich, ob ich eine Wohnung, einen Job und Geld haben möchte“, hatte die Jugendliche im Dezember in einer richterlichen Vernehmung erklärt. „Ich dachte an Arbeit in einer Bäckerei oder so“, schilderte sie. Mit einem Koffer und zwei Tüten sei sie in seine Wohnung in Berlin-Schöneberg gefahren. Am nächsten Morgen habe

er angeordnet: „Du gehst zu Freiern.“ Er habe sie auf einer Internetplattform angeboten. Der 20-Jährige und dessen Freundin hätten sie bedroht.

Laut Anklage sollen der 20-Jährige und die 34-jährige Angeklagte die Jugendliche gegen ihren Willen immer wieder zu Freiern gefahren haben – innerhalb von etwa einer Woche seien es 35 Termine gewesen. Insgesamt 3600 Euro hätten die Angeklagten kassiert. Die damals 15-Jährige sei in der Wohnung des 20-Jährigen eingesperrt und unter Druck gesetzt worden. So seien ihr mit einem Messer die

brustlangen Haare auf Schulterlänge abgeschnitten worden, heißt es in der Anklage wegen Zwangsprostitution, Zuhälterei und Freiheitsberaubung. Auch die Mutter des 20-Jährigen sei in den Tatplan eingebunden gewesen.

Die inzwischen 16-Jährige hatte nach ihren Angaben schließlich einen Freier um Hilfe gebeten. Er habe sie zu ihren Eltern gebracht. „Sie dachten bis dahin, ich sei auf Klassenfahrt in Hamburg“, so die Jugendliche. Die Angeklagten wollen sich am zweiten Prozesstag am 2. März zu den Vorwürfen äußern. *dpa*



Der angeklagte 20-Jährige (l.) mit verdecktem Gesicht beim Prozessauftritt im Berlin Landgericht. O. WAGNER

## Amokalarm an Schule in Potsdam ausgelöst

**Potsdam.** In einer Potsdamer Schule ist am frühen Montagmorgen ein Amokalarm ausgelöst worden. Zunächst war unklar, ob tatsächlich Gefahr bestand oder nicht, wie eine Sprecherin des Brandenburger Polizeipräsidiums sagte. Am späten Nachmittag gab es dann Entwarnung. „Glücklicherweise handelt es sich hier um einen Fehlarmed“, sagte der Sprecher des Polizeipräsidiums, Mario Heinemann, am Montag. Das Gelände um das Oberstufenzentrum an der Jägerallee war weiträumig abgeriegelt. Der Alarm wurde nach Polizeiangaben um 13.46 Uhr von der Schulleitung ausgelöst. Zunächst hatte es geheißt, es befänden sich noch Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler im Gebäude, die sich in Klassenräumen eingeschlossen hätten. Die Einsatzkräfte hätten das gesamte Gebäude durchsucht. „Wir konnten keinen Tatverdächtigen feststellen“, sagte Heinemann. Rund 100 Polizisten waren im Einsatz. *dpa*